



## Wie gewonnen, so zerronnen

**Staatshaushalt.** Sinkende Zinsausgaben und unerwartet hohe Steuereinnahmen haben dem Bund von 2013 bis 2018 zusätzlich gut 82 Milliarden Euro in die Kassen gespült. Doch statt das Geld gezielt für Steuerentlastungen und zum Schuldenabbau einzusetzen, hat die Bundesregierung es einfach ausgegeben. Das ist keine verantwortungsvolle Politik, kommentiert IW-Ökonom Tobias Hentze.

—→ [Seiten 2-4](#)

### Türkei

Die Krise in der Türkei ist vor allem auf die viel zu expansive Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die Regierung in Ankara muss dringend umsteuern.

—→ [Seite 5](#)

### Kaufkraft

Die Welt wird billiger: Ein Warenkorb, für den man in Westdeutschland 1960 noch eine Stunde arbeiten musste, ist heute nach 19 Minuten verdient.

—→ [Seite 10](#)

# Der Bund hat seine Ausgaben kräftig ausgeweitet



**Staatshaushalt.** Schon seit Jahren befindet sich Deutschland in einer Lage, von der andere Staaten nur träumen können: Der Bundeshaushalt schreibt schwarze Zahlen. Doch die unerwarteten Finanzspielräume sind weder das Ergebnis staatlicher Konsolidierungsanstrengungen, noch werden sie im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik verwendet.

Bis vor wenigen Jahren tat der Bund das, was er in den vergangenen Jahrzehnten praktisch immer getan hat: Er häufte neue Schulden an. In den Jahren 2009 und 2010 zum Beispiel, also während der weltweiten Finanzkrise, betrug die Neuverschuldung 34 beziehungsweise 44 Milliarden Euro. Danach wurde es zwar etwas weniger, doch auch von 2011 bis 2013 wuchs der Schuldenberg jedes Jahr im Schnitt um rund 20 Milliarden Euro.

Dann aber geschah Ungewöhnliches: Im Jahr 2014 beendete der Bundesfinanzminister das Haushaltsjahr mit einer „schwarzen Null“. Erstmals seit 1969 kam der Bund ohne neue Schulden aus. Doch damit nicht genug: In den Folgejahren sammelte die Staatskasse sogar Überschüsse – von 2015 bis 2017 waren es insgesamt fast 24 Milliarden Euro.

Für diesen unerwarteten Geldsegen gibt es zwei Ursachen (Grafik Seite 3):

**Sinkende Zinsausgaben.** Ein wesentlicher Grund für die Haushaltsüberschüsse ist, dass sich die Zinsausgaben besser entwickelt haben, als es der Bund erwartet hatte: Dank der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank musste Deutschland für seine Staatsschulden immer weniger Zinsen zahlen.

Für das Jahr 2013 zum Beispiel waren im Finanzplan des Bundes 31,3 Milliarden Euro an Zinsausgaben vorgesehen – tatsächlich sind es dann nur 24,4 Milliarden Euro geworden. Seitdem sind Einsparungen in zweistelliger Milliardenhöhe zusammengekommen:

**In den Jahren 2013 bis 2018 addierten sich die eingesparten Zinsen auf fast 55 Milliarden Euro.**

Weil das Zinsniveau nicht mehr weiter fallen kann, werden die Zinseinsparungen allerdings in den kommenden Jahren kaum so weitergehen.

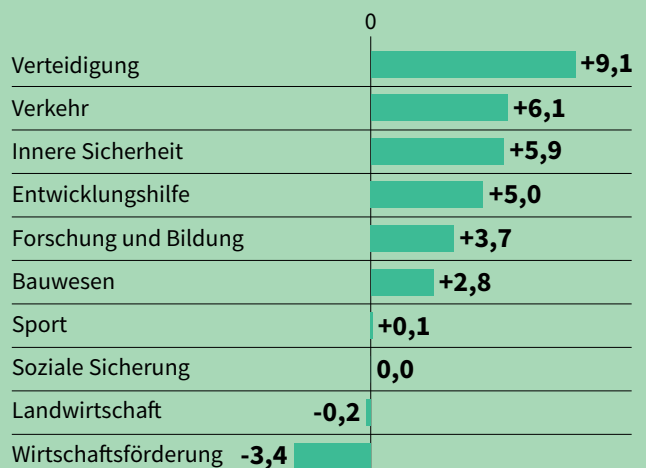
**Steigende Steuereinnahmen.** Ebenfalls positiv überrascht wurde der Bund auf der Einnahmenseite. Weil die

deutsche Wirtschaft seit Jahren rundläuft, haben sich seine Steuereinnahmen von 2013 bis 2018 um jahresdurchschnittlich 5 Prozent erhöht und fielen damit deutlich üppiger aus, als es der Arbeitskreis Steuerschätzung erwartet hatte – dessen alljährliche Prognosen bilden die Grundlage für die Finanzplanung des Bundes.

Trotz eines kurzen Einbruchs im Jahr 2016 – damals lag das tatsächliche Steueraufkommen um 2,9 Milliarden Euro niedriger als im Finanzplan erwartet – hat der Bundesfinanzminister deshalb ein erkleckliches Steuerplus eingefahren:

## Bundeshaushalt: Gewinner und Verlierer

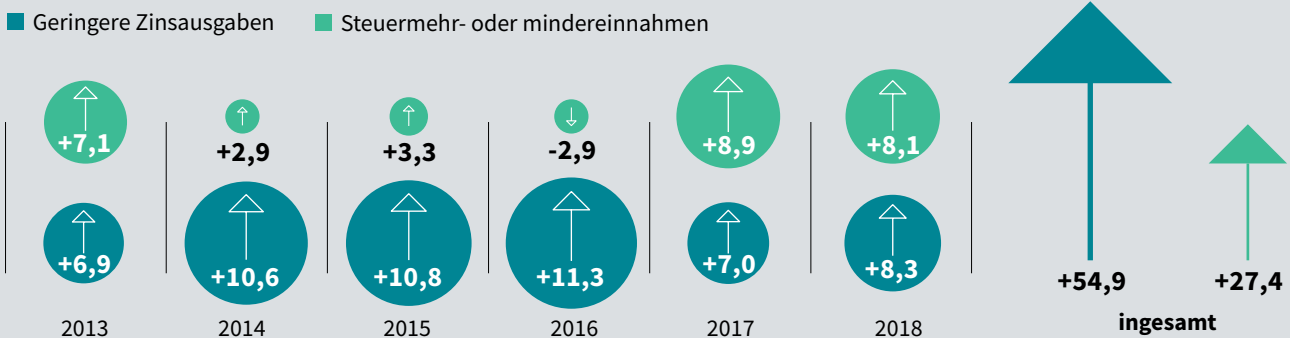
*Lesebeispiel: Im Zeitraum 2013 bis 2018 hat der Bund für die Wirtschaftsförderung insgesamt 3,4 Milliarden Euro weniger ausgegeben, als jeweils im Durchschnitt der drei vorher aufgestellten Finanzpläne vorgesehen war*



Quellen: Bundesfinanzministerium, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

## Bundshaushalt: Mehr Spielraum als geplant

So viele Milliarden Euro hatte der Bund in den Jahren 2013 bis 2018 im Vergleich zu seinen Finanzplänen zusätzlich (+) oder weniger (-) zur Verfügung



Quellen: Bundesfinanzministerium, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

### Von 2013 bis 2018 hat der Bund gut 27 Milliarden Euro mehr Steuern eingenommen, als er in seinen Finanzplanungen veranschlagt hatte.

Die Einsparungen durch sinkende Zinsausgaben auf der einen Seite und die steigenden Steuereinnahmen auf der anderen Seite haben den finanziellen Spielraum des Bundes insgesamt um mehr als 82 Milliarden erhöht – bleibt die Frage, was er mit diesem Geld gemacht hat. Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten:

**Steuerentlastung.** Kurz und schlecht: Eine Steuerentlastung hat es nicht gegeben. Abzulesen ist das daran, dass die Steuerquote, also die Steuereinnahmen des Bundes in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, seit dem Jahr 2008 – mit Ausnahme von 2010 – bei etwas mehr als 9 Prozent liegt. Im Jahr 2010 ist die Steuerquote sogar um 0,3 Prozentpunkte gestiegen, das entspricht einem Plus von rund 10 Milliarden Euro.

**Schuldentilgung.** Tatsache ist, dass der Bund 24 Milliarden Euro seines zusätzlichen Haushaltsspielraums in eine Rücklage zur Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme gesteckt hat. Da solche Rücklagen dazu dienen, neue Schulden zu vermeiden, kann diese Form des Sparens durchaus mit einer Schuldentilgung gleichgesetzt werden. Problematisch sind solche Rücklagen jedoch, wenn sie nicht als Risikopuffer, sondern als allgemeine Finanzmittel betrachtet werden. Genau das hat die Bundesregierung getan, indem sie die Rücklage vollständig in den „absehbaren finanziellen Spielraum der nächsten vier Jahre“ überführt hat – mit diesen insgesamt 46 Milliarden Euro sollen allgemeine Vorhaben und Wahlversprechen finanziert werden (siehe iwd 6/2018).

**Ausgabensteigerung.** Kenner der Materie ahnen es schon: Letztlich hat die Bundesregierung fast den

gesamten unerwarteten Haushaltsspielraum der Jahre 2013 bis 2018 dazu genutzt, zusätzliche Ausgaben zu finanzieren. Von Sparen für konjunkturell schwierige Zeiten, von einem strukturierten Schuldenabbau oder gar von einer nachhaltigen Finanzpolitik kann also keine Rede sein (siehe Kommentar Seite 4).

Doch wohin ist das Geld geflossen? Die Antwort findet man, wenn man sich anschaut, wie viel Geld für die einzelnen Ressorts in den jährlichen Finanzplänen vorgesehen war – und wie viel sie tatsächlich bekommen haben (Grafik Seite 2):

### Bis auf die Landwirtschaft und die Wirtschaftsförderung haben alle Bereiche profitiert – am meisten die Verteidigung mit einem Plus von 9,1 Milliarden Euro für den Zeitraum 2013 bis 2018.

Schaut man auf die Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts, dann wird deutlich, dass sich die Gewichte einzelner Ministerien in der vergangenen Legislaturperiode kräftig verschoben haben. Im Vergleich zu 2013 hat vor allem das Ressort Arbeit und Soziales an Gewicht gewonnen: Entfielen schon damals 39,3 Prozent des Bundeshaushalts auf diesen Posten, sind es 2018 bereits 41,8 Prozent – ein Plus von mehr als 22 Milliarden Euro.

Der Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur dagegen hat absolut gesehen im Jahr 2018 zwar 2 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als 2013, sein Anteil am Bundeshaushalt ist jedoch von 8,5 auf 8,2 Prozent gesunken.

#### IW Policy Paper

Martin Beznoska, Tobias Hentze: Wofür der Bund seinen zusätzlichen Haushaltsspielraum einsetzt  
[iwkoeln.de/haushaltsspielraum](http://iwkoeln.de/haushaltsspielraum)

# „Auf beiden Augen blind“

**Kommentar.** Die Politik hat viele Möglichkeiten, ihren dank Nullzinsen und Steuerplus unverhofften Gestaltungsspielraum zu nutzen. Doch die Bundesregierung kennt nur eins: Geld ausgeben. Was zwischenmenschlich nachvollziehbar erscheinen mag, ist politisch ein Desaster, sagt **Tobias Hentze**, Referent für Finanz- und Steuerpolitik im Institut der deutschen Wirtschaft.

Die Einnahmen steigen und steigen, und die Ausgaben werden durch die Nullzinsen drastisch gedämpft. Finanziell sind die Zeiten für die Bundesrepublik heute so golden wie nie – und dafür waren nicht einmal schmerzhaft Reformen notwendig. „Stillhalten und genießen“ lautet vielmehr das Motto, in Berlin wie in den Landeshauptstädten. Die anderen richten es schon.

Die anderen, das sind zum einen die Europäische Zentralbank mit ihrer Niedrigzinspolitik und zum anderen die Bürger in diesem Land, die Jahr für Jahr deutlich mehr erwirtschaften und so die Staatskasse füllen.

Und was macht die Bundesregierung mit dem ganzen Geld, das noch nicht verplant ist? Leider fällt ihr nur eine Antwort ein: ausgeben. Dabei ist es schon grotesk genug, dass von Draghi und Co. ausgerechnet die belohnt werden, die stets mehr ausgegeben als eingenommen haben. Die Bundesregierung hat dieses Prinzip 45 Jahre am Stück verfolgt. Seit 2014 ist das anders, die „schwarze Null“ steht.

Doch wer es mit dem Ökonomen John Maynard Keynes hält, für den ist das zu wenig. In guten Zeiten sollte der Staat die Schulden zurückzahlen, die er in schlechten Zeiten aufgenommen hat. Die schlechten Zeiten sind keine zehn Jahre her: Konjunkturpakete, finanziert durch Kredite, waren die Antwort auf die globale Finanzkrise. Das war ganz im keynesianischen Sinn und – wie sich angesichts des andauernden Aufschwungs zeigt – alles andere als falsch. Wer aber jetzt darauf verzichtet, die Schulden der Krisenjahre zurückzahlen, handelt vorsätzlich gegen die Interessen der jüngeren Menschen in diesem Land. Was wäre zur Schuldentilgung besser geeignet als ein unverhofftes Milliarden Geschenk in Form gefallener Kreditzinsen?

Die Regierung hat sich weder den Zinsvorteil noch das Steuerplus selbst erarbeitet. Dass der Staat jedes Jahr mehr Geld einnimmt als im Jahr zuvor, ist keine Überras-



Foto: IW Medien

chung – bei einer auch noch so geringen Inflation hätte der Fiskus sonst real weniger in der Tasche. Aber die Steuereinnahmen sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die Preise. Von 5 Prozent mehr Geld pro Jahr – wie sie der Bund kassiert – können die meisten Arbeitnehmer nur träumen.

Und was macht die Politik? Sie erhöht die Steuern weiter – statt einen Teil der Mehreinnahmen denen zu überlassen, die sie erwirtschaftet haben. Es ist nicht nur die kalte Progression, die der Staat bei der Einkommensteuer gerne mitnimmt. Auch Grundsteuer, Gewerbesteuer und Grunderwerbsteuer sind erhöht worden – in diesem Fall liegt die Verantwortung allerdings bei Ländern und Kommunen.

Die Freude am Geldausgeben ist leicht nachvollziehbar und grundsätzlich nicht verwerflich. Im Gegenteil: In einigen Bereichen sind zusätzliche Ausgaben sinnvoll. Schulen, Brücken, Internetleitungen – jeder hat seine eigene Liste. Hier liegt gleichzeitig der Kern des Problems: Eine wesentliche Aufgabe der Politik ist es, zu entscheiden, welche Aufgaben Vorrang haben. Alle und jeden zu beglücken, kann aber nicht die Antwort sein – so wünschenswert das auch sein mag.

Zu einer verantwortungsvollen Politik gehört es zudem, bisherige Ausgaben zu überdenken. Doch die Tugend des Sparens scheint völlig aus der Mode gekommen zu sein. Es lässt tief blicken, wenn die Bundesregierung im Koalitionsvertrag eine Liste mit neuen Projekten samt Preisschildern aufstellt und suggeriert, dass dafür Geld übrig sei. Das kann nämlich nur dann der Fall sein, wenn eine Rückzahlung von Schulden oder Steuerentlastungen aus Sicht der Regierung keine Optionen darstellen. Auf beiden Augen ist die Bundesregierung zurzeit offenbar blind.

# Vertrauen verspielt

**Türkei.** Die Krise in der Türkei ist überwiegend hausgemacht. Üppige Subventionen und großzügige Kreditvergaben haben nicht zuletzt die Auslandsverschuldung in die Höhe getrieben. Die türkische Politik muss dringend umsteuern.

Staatspräsident Erdogan hat den Sündenbock längst gefunden: Die USA haben mit ihren Wirtschaftssanktionen die türkische Währung einbrechen lassen. Tatsächlich aber wertet die Lira schon seit längerer Zeit ab – vor allem deshalb, weil das Vertrauen von Investoren in die Türkei schwindet. Fakt ist, dass die Wirtschaft klare Anzeichen einer Überhitzung zeigt (Grafik):

**Das reale Wirtschaftswachstum der Türkei beschleunigte sich 2017 auf 7,4 Prozent, zugleich vergrößerte sich das Leistungsbilanzdefizit und die Inflationsrate wurde zweistellig.**

Im Juli 2018 waren die Verbraucherpreise sogar fast 16 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen hat die Politik. Denn auch nachdem der Wirtschaftseinbruch infolge des Putschversuchs von 2016 bereits überwunden war, hielt die Regierung an ihrem expansiven Kurs fest und verteilte vor der Präsidentschaftswahl vom Juni 2018 sogar noch weitere teure Geschenke.

So wurden 750.000 befristete Stellen im öffentlichen Dienst in dauerhafte Arbeitsplätze umgewandelt, ein Rentenbonus von zweimal 1.000 Lira gewährt und die Energiepreise gedeckelt. Zudem führt der Staat die 2016 begonnene sehr expansive Kreditvergabepolitik fort, unter anderem über einen Fonds, der zwischen 85 und 100 Prozent der Bankenkredite an kleinere und mittlere Unternehmen absichert.

Diese Befeuern der Wirtschaft hat die Verschuldung der Banken sowie der Industrie- und Dienstleistungsfirmen wachsen lassen. Und diese Schulden sind oft in ausländischer Währung notiert:

**Die Unternehmen außerhalb des Finanzsektors sitzen auf Fremdwährungsschulden von fast 340 Milliarden Dollar – sind aber gegen das Risiko einer Abwertung der türkischen Lira kaum abgesichert.**

Die türkische Zentralbank hat allerdings zu geringe Währungsreserven, um für den Kampf gegen die Abwertung der Lira gut gerüstet zu sein. Zudem sperrt sich Präsident Erdogan gegen die Zinserhöhungen, die nötig wären, um die Inflation in Schach zu halten.

Die Türkei kann die Krise aber nur bewältigen, wenn die Staatsführung die Unabhängigkeit der Zentralbank wieder zweifelsfrei sichert. Zudem gilt es, die Subventionen zu beschneiden und die Kreditförderung zu stoppen.

All dies ist nötig, um die überhitzte Wirtschaft abzukühlen und das Leistungsbilanzdefizit zu verringern – auch wenn die mit 11 Prozent schon heute hohe Arbeitslosenquote dadurch wohl weiter steigen wird. Gegebenenfalls sollte die türkische Führung nicht zögern, den Internationalen Währungsfonds um Hilfe zu bitten.

## IW-Report 31/2018

Jürgen Matthes: Währungskrise in der Türkei – Ursache und Gefahren

[iwkoeln.de/waehrungskrise\\_tuerkei](http://iwkoeln.de/waehrungskrise_tuerkei)

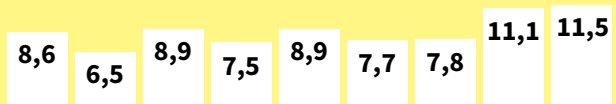
## Türkische Wirtschaft in Zahlen

2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018

**Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



**Verbraucherpreise**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



**Leistungsbilanzsaldo**  
in Prozent des BIP



2018: Prognose

Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den staatlichen und privaten Übertragungen

Quelle: OECD  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

# Starke Wirtschaft führt zu mehr Jobwechseln

**Arbeitsmarkt.** Generell nimmt die Fluktuation der Mitarbeiter dann zu, wenn die Lage am Arbeitsmarkt gut ist. Dies bekamen die Unternehmen in den vergangenen Jahren deutlich zu spüren. Wie viele Stellen innerhalb eines Jahres neu besetzt werden müssen, unterscheidet sich allerdings auch von Branche zu Branche erheblich.

Ende Mai 2018 waren in Deutschland fast 33 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt und die Arbeitslosenquote betrug im Juli nur noch 5,1 Prozent. Damit steht der deutsche Arbeitsmarkt weiterhin so gut da wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Für Arbeitnehmer und Jobsuchende ist das eine komfortable Situation – das Entlassungsrisiko ist gering und das Arbeitsplatzangebot groß. Für die Unternehmen jedoch wird es immer

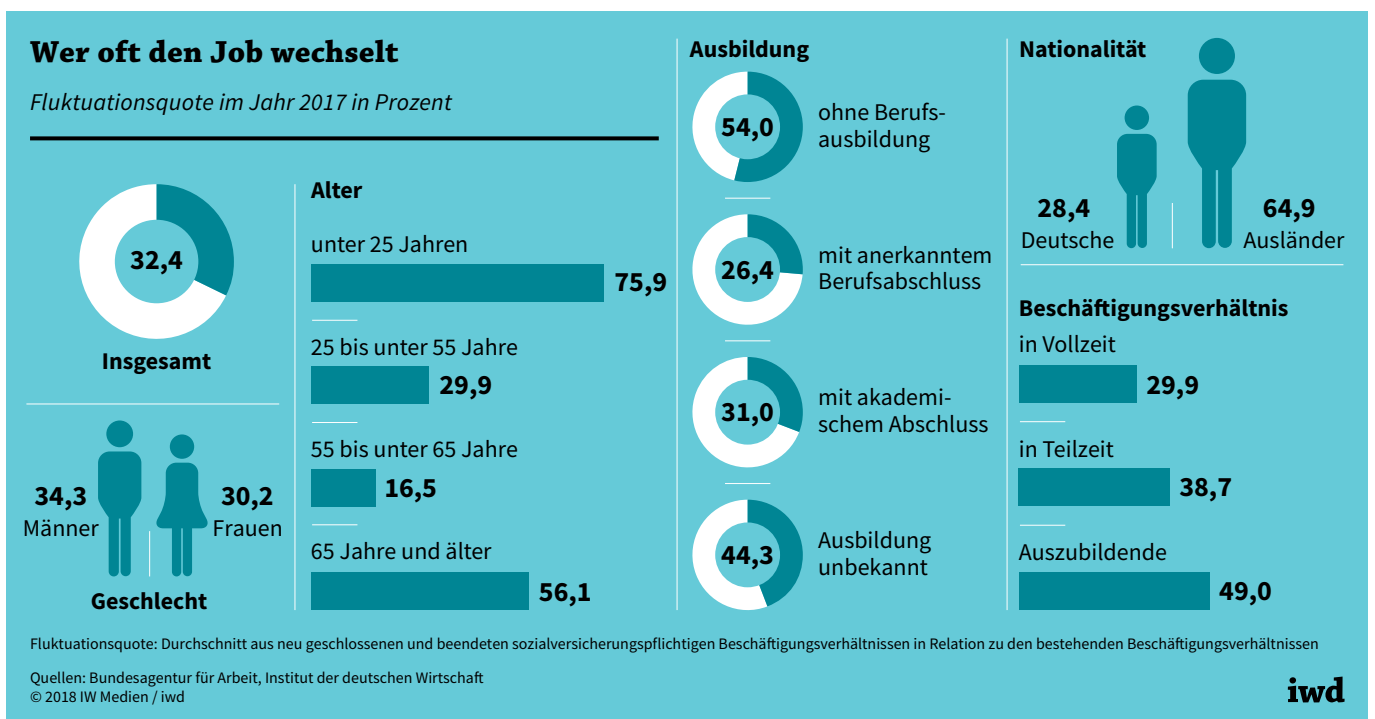
schwieriger, offene Stellen adäquat zu besetzen, weil die Auswahl an Bewerbern immer kleiner wird. Erschwerend kommt die hohe Fluktuation hinzu:

**Im Jahr 2017 mussten rechnerisch gut 32 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Stellen in Deutschland neu besetzt werden.**

Genau genommen wäre die Fluktuationsquote der Anteil jener Stellen, auf denen innerhalb eines Jahres ein Mitarbeiterwechsel

stattfindet. Allerdings wird dieser Sachverhalt statistisch nicht erhoben, deshalb muss die Fluktuation näherungsweise berechnet werden: Sie ergibt sich aus dem Durchschnitt aus neu geschlossenen und beendeten Arbeitsverhältnissen, der in Relation zum Bestand an Beschäftigungsverhältnissen gesetzt wird.

So gemessen haben die Mitarbeiterwechsel in letzter Zeit spürbar zugenommen. Die Fluktuationsrate kletterte von 27,5 Prozent im Jahr



2011 auf 31,0 Prozent 2015. Das Jahr 2017 lässt sich damit wegen einer Umstellung in der Statistik zwar nicht eins zu eins vergleichen, die aktuellen Werte zeigen aber, in welchen Branchen und bei welchen Arbeitnehmern Jobwechsel besonders häufig sind:

**Zeitarbeit.** In der Arbeitnehmerüberlassung kommen auf zehn Stellen im Schnitt fast zwölf neu geschlossene beziehungsweise beendete Beschäftigungsverhältnisse (Grafik). Das bedeutet im Umkehrschluss: Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer eines Mitarbeiters in der Zeitarbeit beträgt weniger als ein Jahr – rein rechnerisch wechseln die Zeitarbeitsfirmen ihr Personal binnen eines Jahres mehr als einmal komplett aus. Dies verdeutlicht, dass die Zeitarbeit ihre Funktion als Sprungbrett in andere Branchen erfüllt.

In der Landwirtschaft und im Gastgewerbe ist die Fluktuation ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Dies hängt nicht nur, aber auch damit zusammen, dass das Geschäft in beiden Bereichen jahreszeitlich geprägt ist und folglich viele Saisonkräfte beschäftigt werden.

Das entgegengesetzte Bild bietet die öffentliche Verwaltung: Dort fand 2017 gerade einmal auf jeder achten Stelle ein Mitarbeiterwechsel statt. Ähnlich auf Dauer angelegt sind die Arbeitsverhältnisse bei Banken und Versicherungen mit einer Fluktuation von knapp 15 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe mit etwas weniger als 19 Prozent.

**Junge und Ältere.** Auffallend hoch ist die Fluktuationsrate bei den ganz jungen und den ganz alten Mitarbeitern mit 76 beziehungsweise 56 Prozent (Grafik Seite 6). Die Erklärung dafür ist einfach: Die unter 25-Jährigen steigen erst ins Berufsleben ein, in diesem Alter werden also viele Arbeitsverträge neu geschlos-

## Fluktuation: Das Branchenranking

Fluktuationsquote im Jahr 2017 in Prozent

Arbeitnehmerüberlassung	119,6
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	69,6
Gastgewerbe	66,4
Information und Kommunikation	66,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	50,1
Verkehr und Lagerei	37,3
Sonstige Dienstleistungen, private Haushalte	37,0
Baugewerbe	36,1
Erziehung und Unterricht	30,2
Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz	29,7
Immobilien, freiberufliche wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	29,3
Heime und Sozialwesen	28,8
Gesundheitswesen	22,7
Verarbeitendes Gewerbe	18,8
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung	17,3
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	14,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	13,3

Fluktuationsquote: Durchschnitt aus neu geschlossenen und beendeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Relation zu den bestehenden Beschäftigungsverhältnissen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

sen und auch Jobwechsel kommen häufiger vor. Die über 65-Jährigen dagegen gehen nach und nach in den Ruhestand, Stellenwechsel im strengen Sinn betreffen sie kaum.

Im klassischen erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 65 Jahren ist die Fluktuation insgesamt wesentlich niedriger – wer über 55 Jahre alt ist, wechselt den Job aber besonders selten.

**Ausländische Staatsbürger.** Zwei von drei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischem Pass haben im Jahr 2017 ihren Arbeitsvertrag beendet und/oder einen neuen abgeschlossen. Damit kommen Jobwechsel bei Ausländern mehr als doppelt so häufig vor wie bei Menschen mit deutschem Pass. Ein Grund dafür ist, dass Ausländer oft in Branchen mit hoher Fluktuation arbeiten, etwa im Gastgewerbe und in der Landwirtschaft.

**Ungelernte.** Menschen ohne Berufsausbildung üben oft Helfertätigkeiten aus, die einfach zu erlernen sind, für die sich wegen der wenig spezifischen Kenntnisse im Fall von Kündigungen aber auch schnell neues Personal finden lässt. Davon zeugt eine Fluktuationsrate von gut 56 Prozent in Aushilfsjobs.

Gelernte Fachkräfte dagegen sind ihrem Arbeitgeber sogar etwas treuer als die akademisch ausgebildeten. Ausgemachte Experten wechseln auch deshalb häufiger die Stelle als Beschäftigte, die auf Spezialisten- oder Fachkraftniveau arbeiten, weil das Erklimmen der Karriereleiter vielfach mit mehr als einem Arbeitsplatzwechsel verbunden ist. Eine Rolle für die höhere Fluktuationsquote auf der obersten Qualifikationsstufe spielt aber auch die Befristung von wissenschaftlichen Stellen (siehe iwd 4/2018).

# Es gibt noch immer Mietschnäppchen

**Wohnungsmarkt.** Der deutsche Arbeitsmarkt brummt und in vielen Boomregionen ziehen die Mieten weiterhin kräftig an. Doch eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt: In einigen Gebieten mit vielen Jobs für Fachkräfte gibt es noch immer Mietschnäppchen. In anderen Regionen gilt der gegenteilige Befund – vor allem in Berlin.

In München kann man gut Geld verdienen, denn in der bayerischen Landeshauptstadt gibt es jede Menge Arbeit. Allerdings geht ein beträchtlicher Teil des Einkommens für die Miete drauf: Durchschnittlich knapp 13 Euro kostet der Quadratmeter im Monat kalt, in vielen angesagten Stadtteilen sogar deutlich mehr.

Doch München ist nicht gleich Deutschland. In einer ganzen Reihe von Bezirken der Bundesagentur für Arbeit ist die Lage deutlich günstiger als in der bayerischen Metropole (Grafik):

**Die Bezirke Suhl, Nordhorn, Plauen, Schwandorf und Weiden bieten besonders gute Jobperspektiven für Fachkräfte und zugleich teils deutlich unterdurchschnittliche Mieten.**

Im bayerischen Schwandorf beispielsweise liegt die Miete 22 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt und für jeweils 100 arbeitslose Fachkräfte sind 95 offene Stellen registriert. Da der Bundesagentur für Arbeit nur knapp jeder zweite Job überhaupt gemeldet wird, gibt es in Wahrheit sogar mehr vakante Stellen als Arbeitsuchende.

Zwar ist dieses Phänomen in Bayern besonders stark ausgeprägt, doch auch in vielen anderen Bundesländern finden sich entsprechende Regionen.

So liegen die Mieten im niedersächsischen Agenturbezirk Nordhorn ähnlich niedrig wie in Schwandorf, den Firmen fällt es allerdings noch einmal deutlich schwerer, genügend Fachkräfte mit passender Qualifikation zu finden.

Warum weiterhin Mietschnäppchen in wirtschaftlich boomenden Gegenden zu finden sind, hat ganz verschiedene Gründe. Plauen in Sachsen beispielsweise profitiert davon, dass es in Ostdeutschland vielerorts große Leerstände gab und gibt – Zuwanderer aus anderen Regionen finden also problemlos eine Wohnung. In ländlichen Boomregionen im Westen ist derweil oft viel Bauland verfügbar, was die Mietpreisentwicklung dämpft.

Doch genauso wie es mietgünstige und gleichzeitig wachstumsstarke Bezirke gibt, ist in einigen anderen Regionen das Gegenteil der Fall:

**Berlin, Köln, Hamburg und Heidelberg sind jene Bezirke der**

**Bundesagentur für Arbeit, in denen hohe Mieten mit wenigen Jobs für Fachkräfte einhergehen – gemessen an der Relation von Arbeitslosen zu offenen Stellen.**

So kommen in Berlin maximal 26 offene Stellen für Fachkräfte auf 100 Arbeitslose, während die Mieten dort rund 35 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegen. Auch in Hamburg – hier kostet eine Mietwohnung 36 Prozent mehr als im Durchschnitt – sind bei der Bundesagentur nur 39 Jobs für 100 arbeitslose Fachkräfte gemeldet.



#### Bezirk für Bezirk

Auf einer interaktiven Karte stellt das Institut der deutschen Wirtschaft die Ranking-Ergebnisse für alle 156 Bezirke der Bundesagentur für Arbeit dar. Die Karte kann auch auf anderen Websites eingebettet werden:

[iwkoeln.de/wohnen-und-arbeiten](http://iwkoeln.de/wohnen-und-arbeiten)

#### IW-Kurzbericht

Paula Risius, Florian Schuster, Michael Voigtländer: Wohnen und Arbeiten in Deutschland

[iwkoeln.de/wohnen\\_arbeiten](http://iwkoeln.de/wohnen_arbeiten)



## Wohnen und Arbeiten: Die Tops und Flops

Das IW hat alle 156 Bezirke der Bundesagentur für Arbeit in den Kategorien Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt mit Punkten bewertet. In beiden Kategorien waren maximal zehn Punkte zu erreichen. Diese Punktzahl bekamen die jeweils besten 10 Prozent der Bezirke, also jene mit besonders günstigen Mieten beziehungsweise vielen offenen Stellen. Die schlechtesten 10 Prozent bekamen nur einen Punkt. Die beiden Teilbewertungen jedes Bezirks wurden am Ende addiert und aus der Summe ein Ranking der Bezirke erstellt.

Arbeitsagenturbezirk	im Jahr 2017		Punktzahl im Ranking
	Miete in Prozent des Bundesdurchschnitts	Gemeldete offene Stellen je 100 Arbeitslose	
Plauen (Sachsen)	59	67	18
Suhl (Thüringen)	67	80	18
Nordhorn (Niedersachsen)	78	111	18
Schwandorf (Bayern)	78	95	18
Weiden (Bayern)	68	73	18
Bad Hersfeld – Fulda (Hessen)	80	94	17
Korbach (Hessen)	65	60	17
Montabaur (Rheinland-Pfalz)	76	91	17
Schwäbisch Hall – Tauberbischofsheim (Baden-Württemberg)	82	101	17
Bayreuth – Hof (Bayern)	74	70	17
Schweinfurt (Bayern)	75	85	17
...			
Hamburg	136	39	4
Heidelberg (Baden-Württemberg)	111	33	4
Köln (Nordrhein-Westfalen)	129	34	3
Berlin Süd	130	14	2
Berlin Nord	134	26	2
Berlin Mitte	142	25	2

Miete: durchschnittliche Nettokaltmiete für Wohnungen im Bestand  
Offene Stellen: in Berufen für Fachkräfte, Spezialisten und Experten

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

# Wie aus einem Hähnchen elf werden

**Kaufkraft.** Viele Dinge des täglichen Lebens sind heute deutlich günstiger als früher. Für einen Warenkorb, für den man 1960 eine Stunde arbeiten musste, reichen heute 19 Minuten.

Eine vollständige Mahlzeit, bestehend aus einem Hähnchen, zwei Beilagen und einer großen Flasche Bier, ist heute in einer halben Stunde verdient. Das war 1960 noch ganz anders. Damals musste ein Westdeutscher im Durchschnitt mehr als drei Stunden arbeiten, um sich diese Lebensmittel kaufen zu können – also sechsmal so lange wie heute. Wie stark sich die Kaufkraft für viele Produkte des täglichen Lebens gesteigert hat, zeigt das Broiler-Beispiel (Grafik):

**Für ein Hähnchen musste ein Bundesbürger 1960 zwei Stunden und elf Minuten arbeiten, 2017 war das Federvieh bereits nach zwölf Minuten verdient.**

Anders ausgedrückt: Von dem durchschnittlichen Nettolohn, den ein westdeutscher Arbeiter oder Angestellter 1960 für ein Hähnchen ausgeben musste, kann er sich heutzutage elf Stück kaufen.

Geflügelfleisch ist sicher ein augenfälliges Beispiel für den allgemeinen Kaufkraftgewinn in Deutschland. Doch auch wenn man alle rund 600 Waren und Dienstleistungen des repräsentativen Warenkorbs betrachtet, bleibt es dabei: Die deutsche Kaufkraft hat sich zwischen 1960 und 2017 mehr als verdreifacht. Der Warenkorb, für den die Menschen 1960 eine Stunde arbeiten mussten, ist heute bereits nach 19 Minuten verdient.

Ein Treiber dieses Kaufkraftgewinns ist die Industrialisierung, die – etwa in der Landwirtschaft – zu sinkenden Preisen geführt hat. Ein anderer ist der technische Fortschritt: Innovationen haben dazu beigetragen, dass vor allem elektronische Geräte im Laufe der Zeit immer günstiger geworden sind. Vor 50 Jahren musste für einen neuen Fernseher oder eine Waschmaschine noch ein ganzes Monatsgehalt und mehr aufgebracht werden.

Verbilligt haben sich auch viele Waren, die nicht mehr in Deutschland, sondern zu niedrigeren Kosten im Ausland produziert werden. Beispiel Kleidung: Für ein hochwertiges Herrenhemd musste man 1960 fast acht Stunden arbeiten – heute ist ein Hemd in gleicher Qualität bereits nach gut zwei Stunden verdient.

Doch nicht alles ist günstiger als früher. Persönliche Dienstleistungen lassen sich trotz technischem Fortschritt auch heute oft nicht schneller erledigen als früher. Gleichzeitig sind in diesen Branchen aber die Verdienste

über die Jahrzehnte genauso gestiegen wie in allen Bereichen, sodass sich die Kaufkraft in Bezug auf Dienstleistungen kaum erhöht hat oder sogar gesunken ist. Deshalb ist der Friseurbesuch heute sogar meist teurer als früher.

Gleiches gilt für die Tageszeitung. Zeitungsleser müssen für ein Monatsabo heute 18 Minuten länger arbeiten als 1960 – weil Journalisten ihre Denkgeschwindigkeit nicht beliebig steigern können und weil das Anzeigengeschäft im Print drastisch zurückgegangen ist.

### IW-Kurzbericht

Christoph Schröder: Mit einer Stunde Arbeit deutlich mehr im Einkaufskorb als früher

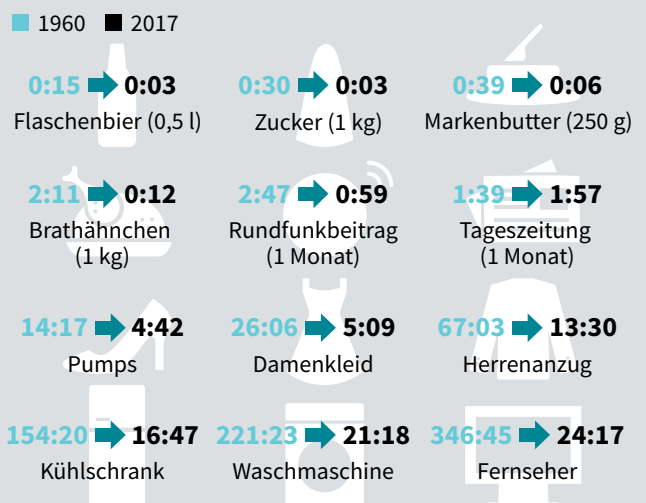
[iwkoeln.de/kaufkraft](http://iwkoeln.de/kaufkraft)



Außerdem gibt es zum Thema Kaufkraft eine interaktive Grafik auf der Homepage des Instituts der deutschen Wirtschaft: [iwkoeln.de/grafikkraft](http://iwkoeln.de/grafikkraft)

### Kaufkraft: Rasant gestiegen

So viele Stunden und Minuten mussten Westdeutsche im Durchschnitt arbeiten, um sich diese Güter leisten zu können



Berechnungen auf Basis der Nettolohn- und -gehaltssumme je geleistete Arbeitsstunde; Rundfunkbeitrag 1960: Rundfunkgebühr; Rundfunkbeitrag 2017: je Wohnung; Fernseher 1960: Schwarz-Weiß-Gerät; Fernseher 2017: Flachbild, 40 Zoll, UHD 4K, Smart TV

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd

# Gebäudesanierung steuerlich fördern

**Immobilien.** Wer in Deutschland eine Eigentumswohnung erwirbt, nimmt anschließend eher selten umfassende Maßnahmen zur energetischen Modernisierung vor. Das liegt auch an der Ausgestaltung des Steuerrechts. Helfen könnte ein einkommensunabhängiger Steuerabzug für Eigentümer selbst genutzter Immobilien.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Gebäudebestand in Deutschland bis zum Jahr 2050 annähernd klimaneutral zu gestalten. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn vor allem ältere Immobilien – die energetisch besonders ineffizient sind – umfassend modernisiert und saniert werden (siehe iwd 2/2018). Hier hapert es allerdings, wie ein Blick auf den Wohnungsmarkt der vergangenen Jahre zeigt. Ein Beispiel (Grafik):

**Im Zeitraum 2007 bis 2013 wechselten jedes Jahr rund 247.500 Wohnungen der Baujahre 1949 bis 1971 den Eigentümer, davon wurden anschließend aber lediglich 13,5 Prozent saniert.**

Eine Ursache dafür dürfte sein, dass es sich für Wohnungseigentümer aufgrund der zuletzt relativ niedrigen Energiepreise weniger lohnt, viel Geld in Wärmedämmung oder effizientere Heizungsanlagen zu stecken.

Ein anderer Grund liegt im Steuerrecht. Renovierungskosten für vermietete Wohnungen dürfen nur dann im selben Jahr steuerlich abgesetzt werden, wenn sie netto innerhalb

## Wohnungen: Neue Eigentümer sanieren selten

in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2013

Baujahr	Gekaufte Wohnungen	darunter: Anschließend modernisiert	
		insgesamt	in Prozent
Vor 1919	75.900	9.000	11,9
1919 bis 1948	104.100	5.200	5,0
1949 bis 1971	247.500	33.500	13,5
1972 bis 1980	81.100	13.100	16,2
1981 bis 1990	33.900	1.300	3,9
1991 bis 2000	49.900	1.800	3,5
Nach 2000	10.100	1.800	17,6

Modernisierte Wohnungen: Wohnungen, in denen im Jahr des Kaufs oder den beiden Folgejahren Maßnahmen zur Wärmedämmung, eine Fenstererneuerung oder ein Heizungsaustausch vorgenommen wurden

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

der ersten drei Jahre nach dem Erwerb der Immobilie 15 Prozent des Kaufpreises nicht überschreiten. Sind die Modernisierungskosten höher, gelten sie als „anschaffungsnahe Herstellungskosten“ und müssen über 50 Jahre abgeschrieben werden – was vor allem für ältere Immobilienkäufer unattraktiv ist.

Diese Steuervorschriften führen dazu, dass ein Neu-Eigentümer eines Wohnhauses davon abgehalten wird, eine energetisch sinnvolle, aber eben auch kostspielige Komplettanierung vorzunehmen, also zum Beispiel sowohl die Fassade zu dämmen als auch das Dach neu zu decken.

Die Bundesregierung hat mehrfach eine Änderung der Steuerrege-

lungen für die Gebäudesanierung angekündigt, aber nicht umgesetzt. Sofern die Politik endlich aktiv wird, sollte sie neben einer beschleunigten Abschreibung vor allem einen einkommensunabhängigen Steuerabzug beschließen. Um Mitnahmeeffekte zu vermeiden, sollte sich die Höhe des Steuerabzugs daran orientieren, wie effizient die Sanierungsmaßnahmen sind, also in welchem Maße sich damit Kohlendioxidemissionen einsparen lassen.

### IW-Kurzbericht

Ralph Henger, Pekka Sagner, Tilo Schumann:  
Energetische Gebäudesanierung – Falsche steuerliche Anreize  
[iwkoeln.de/energetische\\_sanierung](http://iwkoeln.de/energetische_sanierung)

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe (verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber  
**Redaktionsassistentin:** Anja Hüpper  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-255  
**Fax:** 0221 4981-99255  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



# Top-Liste: Arbeitseifer

Auch in der Arbeitswelt ist es wie so oft: Es gibt die Theorie – und es gibt die Realität. Bezogen auf die Arbeitszeit heißt das, dass Arbeitnehmer fast überall in Europa mehr Zeit im Job verbringen, als laut Tarifvertrag verlangt wird. Doch natürlich gibt es Unterschiede in puncto Arbeitseifer. Besonders eifrig sind die Briten: Die tarifliche Wochenarbeitszeit im Vereinigten Königreich lag 2017 bei 37 Stunden – tatsächlich gearbeitet haben die angelsächsischen Angestellten im Durchschnitt einschließlich ihrer Überstunden aber mehr als 42 Stunden in der Woche. Ein Grund dafür ist die Tarifbindung, die in Großbritannien vergleichsweise gering ausgeprägt ist. Anders in Dänemark: Wie bei den Engländern belief sich das tarifliche Wochenpensum der dänischen Arbeitnehmer im Jahr 2017 auf 37 Stunden – und sehr viel mehr haben die Dänen in der Realität mit durchschnittlich 37,8 Stunden auch nicht gearbeitet.

## Wochenarbeitszeit: Emsige Engländer

So viele Wochenstunden arbeiteten Angestellte in Europa im Jahr 2017 durchschnittlich

1. Vereinigtes Königreich	42,1
2. Zypern	41,6
3. Österreich	41,3
4. Griechenland	41,0
5. Polen	40,9
...	
<b>14. Deutschland</b>	<b>40,3</b>
...	
25. Frankreich	39,1
26. Niederlande	39,0
27. Italien	39,0
28. Norwegen	38,5
29. Dänemark	37,8

Angestellte: mit einem Vollzeitjob

Quelle: Eurostat © 2018 IW Medien / iwd



## Zahl der Woche



Camper ließen sich im Jahr 2017 mit ihrem Zelt, Wohnwagen oder Wohnmobil auf einem der rund 3.000 Campingplätze in Deutschland nieder, das waren 3,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Rund 1,6 Millionen Campinggäste kamen 2017 aus dem Ausland, davon allein 44 Prozent aus den Niederlanden, 13 Prozent aus der Schweiz und 7 Prozent aus Dänemark. Insgesamt zählten die Campingplatzbetreiber rund 31 Millionen Übernachtungen, ein Plus von knapp 2 Prozent gegenüber 2016. Campingziel Nummer eins in Deutschland war 2017 Bayern mit gut 5,6 Millionen Übernachtungen.

## Neu auf iwd.de: Privatschulen sind besser als ihr Ruf

Privatschulen spalten die Gesellschaft – so oder so ähnlich lauten die Vorurteile, denen Schulen in freier Trägerschaft ausgesetzt sind. Tatsächlich aber tragen diese Schulen dazu bei, die soziale Struktur in Stadtteilen zu stabilisieren. Wie die privaten Bildungseinrichtungen das schaffen, erfahren Sie auf iwd.de.

